

BRONSKIS WOCHE

Wohnungslose Menschen haben es generell schwer, besonders wenn sie auf der Straße leben. Dort herrschen aktuell eisige Temperaturen. Die Corona-Pandemie kommt hinzu. Zurzeit sind wir alle mehr oder weniger mit uns selbst beschäftigt, um die Folgen des Lockdown zu bewältigen. So sind wir solidarisch, denn indem wir uns selbst einschränken, schützen wir andere Menschen. Wohnungslose befinden sich jedoch abseits solcher Solidarität. Für sie gibt es zwar Hilfs- und Auffangprojekte, um sie von der Straße zu holen. Die Öffentlichkeit nimmt Wohnungslose aber nicht gern zur Kenntnis. Sie „stören im Stadtbild“, sorgen vermeintlich für negatives Image, obwohl sie allein durch ihre Anwesenheit eigentlich nur zeigen: Es läuft etwas grundsätzlich falsch in diesem ökonomisch prosperierenden Land.

Der ehemalige Sozialarbeiter Jürgen Malyssek, den Sie vielleicht als Leserbriefautor aus dem FR-Forum kennen, und Klaus Störch von der Caritas haben ein Buch mit dem Titel „Wohnungslose Menschen“ geschrieben, das gerade neu bearbeitet wiedererschienen ist. Ab Montag, 15.2., werde ich mit den beiden Autoren eine Woche lang im FR-Blogtalk über das Buch und über wohnungslose Menschen sprechen. Information dazu finden Sie schon jetzt unter frblog.de/blogtalk-wohnungslos

Ihr Bronski

Besten Dank, Ihr Damen und Herren, die Ihr entscheidet!

Zu: „Von der Leyen im Dauer-Krisenmodus“ und „Hätte sie früher geredet“, FR-Politik vom 1. Februar und FR-Meinung vom 11. Februar

Die vergötterten Marktkräfte

Einen 750-Milliarden-Euro-Rettungsfonds für die EU auflagen und ausgerechnet bei der Beschaffung des einzigen erfolgversprechenden Rettungsmittels Impfstoff zu knapsen, wie laienhaft ist das denn? Ein weiterer blamabler Tiefpunkt in der EU-Regentinnenschaft von der Leyens und zugleich ein drastischer Beleg, was passiert, wenn ein Gemeinwesen die Regelung lebensnotwendiger Grundlagen den von den Neoliberalen vergötterten Marktkräften überlässt!

Joachim Bohndorf, Bensheim

Und dann rühren 16 Länder das Süppchen noch mal um

Wir Musterknaben singen, wie immer, voller Pathos das Hohelied Europas. Obwohl – der Chor wird leiser. Denn noch immer sitzen wir fast auf dem Trocknen, was den Impfstoff angeht.

Einer dieser Impfstoffe wurde in unserem Land entwickelt. Eine großartige Leistung. Erst am kürzlich betonte der Wirtschaftsminister das wieder bei Anne Will. Wir Steuerzahler sind mit 375 Millionen dort eingestiegen. Hat aber nicht viel genutzt, wie wir heute wissen. Mehr Impfo-

sen bekommen wir trotzdem nicht. Warum? Wir mussten ja unbedingt das EU-Bürokratiemonster mit dem Einkauf beauftragen.

Dessen Chefin Ursula von der Leyen hat sich doch in ihrem Vorgängerjobs in Einkaufsfragen (Gorch Fock etc.) auch nicht mit Ruhm bekleckert. Warum sollte sie jetzt erfolgreicher sein? Ist sie ja auch nicht. Wo man hätte klotzen müssen, wurde gekleckert. Krämerseelen waren am Werk. Es zählte nicht das Wohl der Menschen, sondern viel wichti-

ger war das Wohl der EU-Kasse. Das wissen wir jetzt. Und ob denn Liefertermine verbindlich vereinbart wurden – da sehe ich schwarz. Wortwörtlich. Wir hätten es wissen können. Viele Köche verderben den Brei. Und nicht nur in der EU. 16 Bundesländer rührten das Süppchen dann noch einmal um. Besser ist es dadurch nicht geworden. Und wir müssen dieses von EU und Föderalismus versalzene Süppchen auslöffeln. Besten Dank, die Damen und Herren Entscheider!

Bertram Münzer, Gütersloh

Die wahre Bedeutung Europas für Merkel

Man darf sich nicht wundern, wenn man jahrelang politische Versager nach Brüssel schickte, dass diese auch dort versagen. Die Quittung für dieses Verhalten bekommt Deutschland als Impfstoffdebakel zu spüren. Frau von der Leyen nach ihrem Bundeswehrdester nach Brüssel zu entsorgen, um dort auf europäischer Ebene zu versagen, zeigt die wahre Bedeutung Europas im Kalkül von Frau Merkel! Matthias Schmidt, Köln



Ursula von der Leyen spricht viele Sprachen, findet aber nicht immer die richtigen Worte

DPA

Anderer Blick auf Geflohene

Tareq Alaows: „Es geht um Partizipation“, FR-Politik vom 4. Februar

Als Leser bedrücken mich seit einigen Wochen die vielen negativen Nachrichten unserer Medien. Aber das Interview von Daniela Vates mit Tareq Alaows aus Syrien hat mich erfreut, ja beglückt. Dieser Mensch aus Aleppo lebt seit fünf Jahren in Deutschland. Er erzählt nicht von den Strapazen der Flucht, klagt nicht an. Das ist nicht sein Thema, sondern er will sich in diesem Land einsetzen, dass jene, die hier über die Migrationspolitik entscheiden, einen anderen Blick für geflohene Menschen aus anderen Kulturen und Ländern bekommen. Wer von uns kann schon ahnen, was Flucht bedeutet? Deswegen will Alaows für den Bundestag kandidieren.

Das Wort „Partizipation“ hat für ihn einen besonderen Klang. Einige politische Aktionen hat er schon durchgeführt. Stichworte seines Engagements: „Refugees Strike Bochum“, „Präventions- und Krisenmanagement in Berlin“, Koordinationskreis der Bewegung Seebücke. Die Farbe der politischen Parteien ist Alaows relativ egal, allein wichtig sind ihm die Themen: Menschenrechte, Bewahrung der Schöpfung und das Schicksal der Geflüchteten.

Ich habe mir erlaubt, das Interview für Menschen aus Syrien zu kopieren. Meine syrischen Freunde:innen und Nachbarn sagten: Alaows strahlt Zuversicht aus, ermutigt uns, dass wir uns hier weiterhin ebenso einsetzen für andere. Franz Boegershausen, Oldenburg

Der Abwehrkampf eines schwankenden Riesen

Nord Stream 2: „Schiff verlegt Rohre“, „Noch eine Pipeline“, FR-Wirtschaft v. 8. u 9. Februar, Gastbeitrag: „Nord Stream 2 muss gebaut werden“, FR-Meinung vom 12.2

Sanktionen gegen Saudi-Arabien

Die Ungleichbehandlung von Staaten wegen ihrer Menschenrechtspolitik zeigt, dass es hier nicht um Menschen und ihre Rechte geht: Unter Verweis auf Nawalny Sanktionen gegen Russland und das Ende von Nord Stream 2 zu fordern, das ist nur dann glaubwürdig, wenn wir an Saudi-Arabien keine Waffen mehr liefern – und das nicht nur wegen des Mordes an Khashoggi, sondern auch wegen des Jemen-Krieges und anderer Menschenrechtsverbrechen, wenn wir die USA genauso scharf wegen Guantánamo unter Druck setzen, die Türkei ... Nord Stream 2 soll Gas liefern, das weniger CO₂ als Kohle oder Öl verursacht. Wenn wir das Projekt stoppen, kommt US-Fracking-Gas, das weit umweltschädlicher ist. Hier geht es nicht um die Umwelt, sondern um knallharte Interessen.

Bernhard Trautvetter, Essen

Beziehungen zu den USA müssen neu gebaut werden

Natürlich sitzen die USA am längeren Hebel, aber nur, wenn wir uns wie Lämmer verhalten. Beim neuen US-Präsidenten werden unsere Transatlantiker auf starken Widerstand stoßen – nicht bei Twitter im Netz, sondern auf den verschlungenen diplomatischen Kanälen. Mit den Sanktionen will die US-Administration wichtige bedrohte nationale Interessen der europäischen Verbün-

deten und der Vereinigten Staaten schützen. Man muss sich fragen, gegen welche Länder die USA noch keine Sanktionen oder andere Strafmaßnahmen (Zölle) verhängt haben. Das ist der Abwehrkampf eines schwankenden Riesen, dem die Märkte wegbrechen.

Im US-Kongress sitzen die eigentlichen Gegner der Pipeline. Die USA sind im Inneren äußerst angespannt. Black Lives Matter, Corona-Krise und der Marsch vor (in) das Kapitol sind nur die aktuellsten Beispiele. Nun bietet sich die Gelegenheit, wenn man sich im Inneren nicht grün ist, einen äußeren Partner ins Visier zu nehmen. Der hat sich in der Vergangenheit als willfährig gezeigt. Hier möchte ich auf das Schreiben dreier US-Senatoren hinweisen. Die Bundesregierung nahm diese Drohung fast regungslos hin und überließ es Mecklenburg-Vorpommern und der Hafenstadt Sassnitz, den Senatoren heftig zu widersprechen.

Mir ist bewusst, dass die USA ein großes Handelsdefizit gegenüber Deutschland aufweisen, aber nach den vielen Verwerfungen der letzten Jahre muss die Beziehung sowieso neu aufgebaut werden. Eine grundlegend andere Handelspolitik ohne Protektionismus wird auch Biden nicht vorzuweisen haben.

Man muss kein Putin-Freund sein, aber nach Abschaltung von Atomkraft und des Rückbaus von Kohle ist mir das Gas aus der Pipeline lieber als das teure amerikanische Fracking-Gas. Viel-

leicht finden sich noch Verbündete gegen die US-Maßnahmen – bei uns ist es die Pipeline und bei den anderen sind es vielleicht die Weinreben? Ronald Meyer, Utzedel

Nord Stream ist ein Desaster von Anfang an

Klimapolitisch ist Herr Ernst wirklich aus der Zeit gefallen und repräsentiert mit seinem Statement zu Nord Stream 2 hoffentlich nicht die Position seiner Partei. Wer die Pariser Klimaziele von 2015 ernst nimmt, für den stellt sich nicht die Frage: Nord Stream 2 oder Fracking-Gas aus den USA? Sondern: Wie kann beides (angesichts ohnehin rückläufiger Anteile fossilen Erdgases an der deutschen Energieversorgung) verhindert werden? Denn mit beiden Vorhaben werden Infrastrukturen geschaffen, die auf Jahrzehnte die Weiternutzung fossilen Erdgases zementieren und damit den Ausbau regenerativer Energien blockieren. So ein Unsinn!

In seiner bereits 2018 veröffentlichten Studie kommt das DIW zu dem Ergebnis, das geplante Vorhaben der Ostseepipeline Nord Stream 2 sei energiewirtschaftlich unnötig, umweltschädlich und betriebswirtschaftlich unrentabel. Und politisch bewertet waren die von Agenda-Kanzler Schröder eingestellten und von seinem Eleven Olaf Scholz per Geheimdiplomatie unterstützten Nord-Stream-Projekte von Beginn an ein Desaster. Michael Bellwinkel, Dortmund

Imperialismus in hässlichster Form

O ihr unterwürfigen, vor den USA im Staub liegenden Deutschen! Weshalb hat Deutschland mit dem Hinweis auf die eigene Souveränität keine Rechenschaft von den USA gefordert, als der US-Kongress kurz vor Weihnachten ein Gesetz beschloss, das die Sanktionsdrohung ausgeweitet hat? Ein Gesetz mit Wirksamkeit auf einem Territorium, das nicht US-Hoheit untersteht – der Ostsee? Es ist die Sorge von uns Deutschen, ob unsere Wirtschaftsbeziehungen zu Russland zu eng werden, nicht die Sache der USA! Was würden die USA sagen, würde der Bundestag ein Gesetz verabschieden, das den USA die Form ihrer Handelsbeziehungen zu Mexiko vorschreibt, und damit eine Reihe Sanktionsdrohungen verbindet?

Die Politik der USA gegenüber Deutschland ist Imperialismus in primitivster und hässlichster Form – Politik mit Fäusten und Ellenbogen! Die Zeit ist überreif, dass die Bundesregierung über Abzug der deutschen Soldaten aus Afghanistan und über Kündigung der Nato-Mitgliedschaft nachdenkt, wenn die US-Unverschämtheiten Fortsetzung finden. Bedauerlicherweise ist das von der Kanzlerin nicht zu erwarten, die eine große Begabung für pastorale Reden hat, aber nicht dafür, polternden Verbündeten den Marsch zu blasen! Otfried Schrot, Hannover

Diskussion: frblog.de/nordstream